

Am 19. September 1983 besetzte die Belegschaft der AG-Weser »ihre« Werft. Sie verhinderte damit den Stapellauf des zuletzt gebauten Frachters »Ubena«. Der Krupp-Konzern hatte die Werft aufgegeben. Die Besetzung unter Führung des Betriebsratsvorsitzenden Hans Ziegenfuß fand unmittelbar vor der Bürgerschaftswahl am 25. September statt. Sie war auch eine Kampfansage an den Bremer Senat



AG-Weser Protest, 1983

und die IG-Metall. Anstelle von Krupp sollte der Bremer Senat unter Führung von Hans Koschnick den Erhalt der Werft garantieren. Mit Aktionen wie dem öffentlichen SPD-Austritt von Hans Ziegenfuß sollte die Bevölkerung wachgerüttelt werden. Einkalkuliert war, dass die Partei bei den Bürgerschaftswahlen deutliche Verluste hinnehmen sollte.

Die Wähler entschieden anders. Die SPD holte mit Hans Koschnick 51,3 Prozent der Stimmen; CDU 33,3 Prozent, Grüne 5,4 Prozent. In Gröpelingen kam die SPD sogar auf 67 Prozent. Die Wähler wollten nicht, dass der Senat für das Scheitern der AG Weser verantwortlich gemacht wurde. Einen Tag danach wurde die Besetzung der Werft abgebrochen.

Die Krupp-Zentrale in Essen scherte sich keinen Deut um die Sorgen der Bevölkerung. Drei Wochen später, am 14. Oktober, beschloss der Aufsichtsrat gegen die Stimmen der Arbeitnehmervertreter die endgültige Schließung der Werft.

Heute, 40 Jahre später, steht der Wirtschaftsstandort Deutschland am Scheideweg. Klimakrise und Coronavirus in Zeiten der Globalisierung sind die neuen Herausforderungen, denen sich Regierungen, Unternehmer und Gewerkschaften stellen müssen. Einsame Vorstandsentscheidungen nach »Hausherrenart« sind nicht mehr angesagt. Ob die Unternehmer das gelernt haben, wird sich zeigen.